

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie

Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden

Martina Zandonella

Ein zentrales Versprechen von Demokratie ist politische Gleichheit – alle Menschen sollen sich in gleichem Ausmaß an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände beteiligen können. Der vorliegende Beitrag untersucht, inwieweit die Realität diesem Ideal nahekommt. Ausgangspunkt ist, dass Demokratie in einem Umfeld ökonomischer Ungleichheit stattfindet und dass diese in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Im Zentrum stehen demnach folgende Fragen: Inwieweit führt ökonomische Ungleichheit zu politischer Ungleichheit? Welche Auswirkungen hat dies für Menschen ohne oder mit geringen ökonomischen Ressourcen? Und was bedeutet das für die Legitimität demokratischer Systeme?

Politische Mitgestaltung als gemeinsames Gut

Kernstück von Demokratie ist das Prinzip politischer Gleichheit und damit die gleiche Teilhabe aller Menschen an der politischen Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände. Das Ideal von Mitsprache und Mitgestaltung als gemeinsames Gut stößt bei seiner Umsetzung jedoch an einige Grenzen. Zwei davon stechen besonders hervor: Zum einen ist es die Demokratie selbst, die Grenzen zieht, indem sie nicht nur Berechtigungen erteilt, sondern auch Menschen von politischer Mitsprache ausschließt. Die Geschichte der Demokratie ist hier zwar grundsätzlich als Erfolg zu werten – in ihrem Verlauf erhielten immer mehr Bevölkerungsgruppen den Status politischer Gleichheit –; Berechtigungen zur politischen Beteiligung, Mitsprache und Mitgestaltung wurden jedoch nie großzügig verteilt, im Gegenteil, sie mussten stets erkämpft werden (Lessenich 2019): vom Bürgertum gegenüber dem Adel, von den Arbeitern gegenüber dem Bürgertum, von den Frauen gegenüber den Männern. Auch heute sind in Österreich noch Teile der Bevölkerung von politischer Mitsprache weitgehend ausgeschlossen:

Bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Oktober 2020 war beinahe ein Drittel der Wiener*innen (31%) aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften nicht wahlberechtigt (Statistik Austria 2020).

Zum anderen treffen mit Kapitalismus und Demokratie zwei Systeme mit grundlegend verschiedenen Voraussetzungen aufeinander: Während Kapitalismus auf der ungleichen Verteilung von Eigentum gründet und beständig ökonomische Ungleichheit produziert, basieren demokratische Systeme auf gleichen Rechten und gleicher Teilhabe (Elsässer et al. 2017). Ökonomische Ungleichheit bestimmt also jene Lebensumstände, die demokratisch – von allen und für alle – gestaltet werden sollen. Gleichzeitig reguliert Demokratie ökonomische Ungleichheit; ungleiche Lebenschancen und Lebensbedingungen können auf demokratischem Weg ausgeglichen werden.

Politische Beteiligung in Zeiten zunehmender ökonomischer Ungleichheit

Nun verweist eine globale Betrachtung ökonomischer Ungleichheit darauf, dass in den letzten Jahrzehnten die Unterschiede zwischen den Ländern geringer, jene innerhalb der Länder jedoch größer wurden. Dabei haben in ärmeren Ländern bislang allen voran die Mittelschichten vom starken wirtschaftlichen Wachstum profitiert. In den reicheren Ländern verlief die Entwicklung anders: Arme Bevölkerungsgruppen und die Mittelschichten verzeichneten stagnierende bis sinkende Einkommen, während reiche Bevölkerungsgruppen beträchtliche Einkommenszuwächse für sich verbuchen konnten (Alvaredo et al. 2017, Lakner / Milanovic 2016).

Seit den 1980er-Jahren nimmt die ökonomische Ungleichheit auch in Österreich zu: Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse sind angestiegen; insgesamt wurde es schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden und diesen langfristig zu behalten. Im Vergleich zu unselbstständigen Einkommen sind Unternehmens- und Vermögenserträge überproportional angestiegen; bei den Einkommen haben wiederum die höheren stärker zugelegt als die niedrigeren. Seit Mitte der 1980er-Jahre wurde gleichzeitig der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert (AMS 2020, Sozialministerium 2020, Altzinger et al. 2017, Knittler 2016). Noch einmal ungleicher verteilt als die Einkommen sind in Österreich die Vermögen: Das reichste Prozent der Menschen besitzt rund 41% des gesamten Nettovermögens, die einkommensärmere Hälfte der Menschen lediglich rund 3% (Ferschli et al. 2017).

Einkommens- und Vermögensungleichheit bedeuten ungleiche Lebenschancen und Lebensbedingungen. Dies betrifft die Chancen auf Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit ebenso wie die physische und psychische Gesundheit sowie die Lebenserwartung oder die Teilhabe an Wohnen und Freizeitaktivitäten. In Österreich besuchen beispielsweise 80% der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen ein Gymnasium, jedoch nur 19% der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten. Auch ist die Lebenserwartung von Akademiker*innen in Österreich

um sieben Jahre höher als jene von Pflichtschulabsolvent*innen, wobei Pflichtschulabsolvent*innen auch noch am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind (AMS 2019, Lamei et al. 2017). Im Zuge der Corona-Pandemie erhöht sich das Prekarisierungsrisiko weiter: In Ausnahmesituationen wie dieser verstärken sich bestehende Ungleichheiten und ökonomische Bedingungen bestimmen in noch höherem Ausmaß die Lebensbedingungen der Menschen. Auch greifen die zur Eindämmung der Pandemie getroffenen Maßnahmen in den Alltag armer und armutsgefährdeter Menschen wesentlich stärker ein und berauben sie häufig der wenigen, ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen (Schönherr / Zandonella 2020, Kapiriri / Ross 2018, Shantz 2010).

An diese Entwicklungen anschließend stellt sich die Frage, was ökonomische Ungleichheit für die Demokratie und das demokratische Prinzip politischer Gleichheit bedeutet. Ausgangspunkt ist dabei die breite und über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg möglichst gleich verteilte Beteiligung als ein zentrales Qualitätsmerkmal von Demokratie. Sie legt den Grundstein dafür, dass die durch unterschiedliche Lebensbedingungen geprägten Bedürfnisse und Anliegen sämtlicher Gruppen in den politischen Prozess mit einfließen. Nun ist jedoch für zahlreiche europäische Länder bereits seit längerem bekannt, dass mit steigender Einkommensungleichheit die Wahlbeteiligung sinkt (Solt 2008). Dies ist in beträchtlichem Ausmaß darauf zurückzuführen, dass Menschen mit geringem Einkommen seltener zur Wahl gehen (Schäfer / Schwander 2019, Dalton 2017).

Für Österreich zeigt sich ein ähnliches Bild: An der letzten Nationalratswahl im Herbst 2019 haben 83% der Wahlberechtigten des ökonomisch stärksten Drittels teilgenommen, jedoch nur 59% der Wahlberechtigten des ökonomisch schwächsten Drittels (Zandonella 2019). Für Wien erlauben die zur Verfügung stehenden Daten einen etwas genaueren Blick in die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Ungleichheit und Wahlbeteiligung: Bezirke mit geringem Durchschnittseinkommen und hoher Arbeitslosigkeit hatten bei der Nationalratswahl 2019 eine um bis zu 15% geringere Wahlbeteiligung als Bezirke mit hohem Durchschnittseinkommen und geringer Arbeitslosigkeit. So nahmen im 7., 8., 13. und 18. Bezirk zwischen 78% und 80% der Wahlberechtigten an der Nationalratswahl 2019 teil, im 10., 11. und 20. Bezirk jedoch nur 65% (Stadt Wien 2020). Zoomen wir noch etwas weiter hinein auf die Ebene von Stadtteilen (anhand sozioökonomischer Ähnlichkeit zusammengefasste Zähl- und Wahlsprengel), kann – ausgehend vom Wiener Durchschnitt – für die Nationalratswahl 2019 festgehalten werden: Je 1.000 Euro mehr an durchschnittlichem Einkommen im Stadtteil haben die Wahlbeteiligung um 1% erhöht, jedes Prozent mehr an Wiener*innen mit höchstens Pflichtschulabschluss im Stadtteil hat die Wahlbeteiligung um 0,6% gesenkt und jedes Prozent mehr an Arbeitslosigkeit im Stadtteil hat die Wahlbeteiligung um 0,5% gesenkt. Nun treten diese und andere Merkmale ökonomischer Ungleichheit nicht getrennt voneinander auf, sondern kumulieren auf regionaler Ebene. So ist das Fünftel jener Stadtteile mit der höchsten Wahlbeteiligung auch jenes mit den meisten sozioöko-

nomischen Ressourcen. Sie zeichnen sich durch eine geringe Arbeitslosigkeit, ein hohes Durchschnittseinkommen sowie einen hohen Anteil an Hochschulabsolvent*innen und Menschen in statushohen Berufen aus. Im Gegensatz dazu verfügt das Fünftel jener Stadtteile mit der geringsten Wahlbeteiligung auch über die wenigsten Ressourcen. Hinzu kommt, dass in diesen Stadtteilen auch mehr Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und damit mehr nicht-wahlberechtigte Wiener*innen leben (Tabelle 1) – die Repräsentation dieser Stadtteile in Landtag und Gemeinderat sinkt dadurch noch weiter (Zandonella / Ehs 2020).

Sozioökonomische Ressourcen und Wahlbeteiligung in Wiener Stadtteilen

	Fünftel der Stadtteile mit geringster Wahlbeteiligung	Fünftel der Stadtteile mit höchster Wahlbeteiligung
AL-Quote	19 %	6 %
Jahresnettoeinkommen	18.500 Euro	29.100 Euro
Anteil max. Pflichtschule	37 %	14 %
Anteil Hochschule	9 %	35 %
Anteil Staatsbürgerschaft Österreich	66 %	77 %
Wahlbeteiligung	60 %	83 %

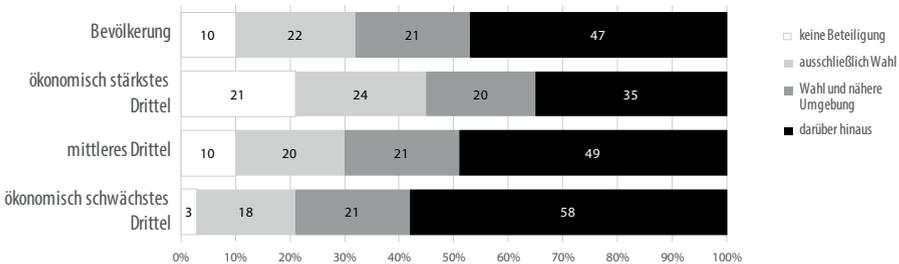
Anmerkung: Abgestimmte Erwerbsstatistik (Statistik Austria 2019a) und Lohnsteuerstatistik (Statistik Austria 2019b), eigene Berechnungen (Zandonella / Ehs 2020).

Betrachten wir die individuelle Wahlbeteiligung der Wiener*innen, spiegelt sich darin das regionale Bild wider: Ökonomische Ressourcen und die damit zusammenhängende Position in der Gesellschaft prägen in hohem Ausmaß die Wahlbeteiligung der Menschen. Dabei gehen die Wiener*innen umso häufiger zur Wahl, je höher ihr Einkommen und ihr Vermögen, ihre formale Bildung und ihre subjektiv wahrgenommene Position in der Gesellschaft ist. Zusammengefasst bedeutet dies, dass ein*e erwerbstätige*r Wiener*in mit Hochschulabschluss, Einkommen im oberen Einkommensdrittel, Eigentumswohnung und Vermögen im Wert von über 100.000 Euro, der/die sich selbst in der oberen Mittelschicht positioniert, mit einer Wahrscheinlichkeit von 98% an der nächsten Wahl teilnehmen wird. Im Gegensatz dazu liegt diese Teilnahmewahrscheinlichkeit für eine*n arbeitslose*n und armutsgefährdete*n Wiener*in mit Pflichtschulabschluss und ohne Vermögen, der/die sich selbst in der Arbeiter*innenschicht verortet, bei nur 30% (Zandonella / Ehs 2020).

Diese sozioökonomische Schieflage in der Beteiligung verstärkt sich weiter, wenn neben Wahlen auch noch andere Partizipationsformen – Demonstrationen, Bürger*inneninitiativen, Mitarbeit in Parteien und Interessensvertretungen oder Gespräche mit Politiker*innen – mitberücksichtigt werden (Dalton 2017). Auch die Menschen in Österreich beteiligen sich nicht nur umso häufiger, je mehr Ressourcen sie zur Verfügung haben; sie beteiligen sich auch umso umfassender:

So haben in den letzten fünf Jahren lediglich 3% der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel in keiner Art und Weise politisch partizipiert, jedoch 21% der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel. Außerdem haben beinahe 60% der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel ihre Anliegen über zumindest drei unterschiedliche Wege in den politischen Prozess eingebracht, selbiges gilt für nur jede*n Dritte*n im ökonomisch schwächsten Drittel (Zandonella 2019).

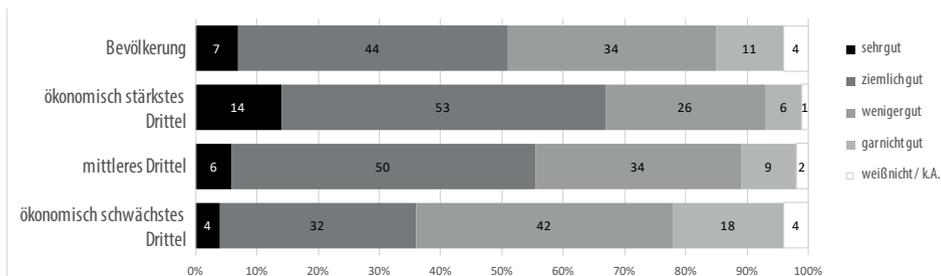
Ökonomische Ressourcen und politische Beteiligung in Österreich



Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“ Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Einkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Der Österreichische Demokratie Monitor ist eine jährliche, repräsentative Erhebung mit n=2.185 Befragten (Zandonella 2019).

Dabei hätten gerade Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen guten Grund, sich zu beteiligen, denn die Mehrzahl von ihnen denkt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich ungerecht sind. Ungerechtigkeitsempfinden ist jedoch nur ein erster Schritt auf dem Weg zur politischen Beteiligung. Eine notwendige Voraussetzung für das Umsetzen dieser Empfindung in eine politische Handlung ist die Überzeugung, mit dieser auch etwas bewirken zu können. Im ökonomisch schwächsten Drittel denken jedoch drei Viertel der Menschen, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Politik in Österreich macht. Dementsprechend ist auch ihr Vertrauen in das politische System insgesamt geringer ausgeprägt und sie sind seltener der Ansicht, dass unser politisches System gut funktioniert (Abbildung 3) (Zandonella 2019).

Ökonomische Ressourcen und Bewertung des politischen Systems



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet, funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ Anmerkung: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Einkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst. Der Österreichische Demokratie Monitor ist eine jährliche, repräsentative Erhebung mit n=2.185 Befragten (Zandonella 2019).

Ökonomische Ungleichheit bedeutet politische Ungleichheit

Auch in Österreich hängt politische Beteiligung also von den zur Verfügung stehenden ökonomischen Ressourcen ab: Je geringer diese Ressourcen sind, desto seltener gehen die Menschen zur Wahl oder bringen ihre Anliegen auf andere Weise in den politischen Prozess ein. Ein zentraler Grund hierfür ist, dass die Menschen denken, keinen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben. Ist dem so? Hat die auf ökonomischer Ungleichheit gründende ungleiche Beteiligung Auswirkungen darauf, wessen Anliegen von politischen Entscheidungsträger*innen gehört und umgesetzt werden? Übersetzt sich ökonomische Ungleichheit also in ungleichen politischen Einfluss und damit in politische Ungleichheit?

Für die USA wurde diese Frage schon vor einiger Zeit mit einem eindeutigen Ja beantwortet: Die Anliegen der obersten Einkommensgruppen und die Forderungen wirtschaftsnaher Interessensgruppen spiegeln sich wesentlich häufiger in den politischen Entscheidungen wider. Im Gegensatz dazu finden die Anliegen der unteren Einkommensgruppen nur dann Gehör, wenn sie mit jenen der obersten Einkommensgruppen übereinstimmen. Unterscheiden sich die politischen Präferenzen von Arm und Reich jedoch, folgen politische Entscheidungsträger*innen ausnahmslos letzteren (Gilens 2005, Gilens / Page 2014). Als Grund hierfür wird in erster Linie die für die USA spezifische private Parteienfinanzierung und die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Politiker*innen von finanziellen Großspenden genannt.

Dem folgend, sollte eine solche Schiefelage in Europa – bei anderen institutionellen Voraussetzungen und einer überwiegend öffentlichen Finanzierung von politischen Parteien – eigentlich nicht auftreten. Vorliegende Befunde verweisen jedoch auf ein den USA ähnliches Bild, wobei für Deutschland besonders umfassendes Material und dementsprechend tiefgehende Erkenntnisse zur Verfü-

gung stehen: In ihrer bahnbrechenden Arbeit weist Lea Elsässer (2018) nach, dass die Entscheidungen des Deutschen Bundestages über einen Zeitraum von über 30 Jahren (1980 bis 2013) den Präferenzen der oberen Einkommensgruppen gefolgt sind und zulasten unterer Einkommensgruppen verzerrt waren. Letztere konnten sich somit auch in Deutschland nur dann mit ihren Anliegen durchsetzen, wenn diese mit jenen der oberen Einkommensgruppen übereinstimmten. Ihr Nachsehen war außerdem umso größer, je umstrittener ein politisches Thema war – je weiter also die Präferenzen von Arm und Reich auseinander lagen. Untere Einkommensgruppen erleben also wesentlich seltener, dass ihre politischen Anliegen umgesetzt werden – im Besonderen dann, wenn es um spezifische Anliegen geht, zu denen es keinen gesellschaftlichen Konsens gibt. Damit wird der auch bei den Menschen des unteren Einkommensdrittels in Österreich weit verbreitete Eindruck, bei politischen Entscheidungsträger*innen kein Gehör zu finden und keinen Einfluss im politischen Prozess zu haben, empirisch bestätigt.

Bemerkenswert ist außerdem, dass die politische Schieflage des deutschen Bundestages über unterschiedliche Regierungskonstellationen hinweg konstant geblieben ist: Sowohl die Koalition aus CDU/CSU und FDP als auch jene aus SPD und den Grünen sowie die große Koalition orientierten sich in ihren politischen Entscheidungen an den Präferenzen der oberen Klassen. Die Anliegen der unteren Klassen wurden von keiner Partei systematisch berücksichtigt und umgesetzt. Hinzu kommt, dass Bundestagsabgeordnete selbst häufig den oberen Klassen angehören und in ihren politischen Ansichten mit diesen übereinstimmen (Elsässer 2018). Diese entlang sozioökonomischer Ungleichheit verzerrte politische Repräsentation untergräbt das Prinzip politischer Gleichheit und entzieht Gruppen mit weniger Ressourcen die Teilhabe an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände.

Dies ist nicht nur aus demokratiepolitischer Sicht fatal. Es hat auch massive Auswirkungen auf die Lebenschancen und Lebensbedingungen von Menschen mit keinen oder geringen ökonomischen Ressourcen, denn die getroffenen politischen Entscheidungen betreffen gerade diese Gruppen in besonders hohem Ausmaß. So fand in Deutschland während jener dreißig Jahre, die Lea Elsässer (2018) untersucht hat, ein massiver Umbau des Sozialstaates statt – Kürzungen der sozialen Absicherung gingen mit deren Bindung an verpflichtende „Gegenleistungen“ im Zuge aktiver Arbeitsmarktpolitik einher. Bei Letzterer geht es in erster Linie darum, die Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen Menschen auch unter sich schnell ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen und so zur Flexibilität der Arbeitsmärkte beizutragen (Atzmüller 2009). Für die Menschen bedeutet dies häufig überqualifizierte Arbeit, Arbeit für geringeren Lohn bis hin zu Arbeit im Niedriglohnsektor und Ein-Euro-Jobs oder einen sehr weiten Arbeitsweg. Die Veränderungen im deutschen Sozialstaat spiegelten dabei die Interessen der oberen Klassen. Sie hatten darüber hinaus jedoch auch verteilungspolitische Konsequenzen, denn die Ungleichheit in Bezug auf Einkommen und am Arbeitsmarkt hat in Deutschland weiter zugenommen (Elsässer

2018). Damit führt ökonomische Ungleichheit nicht nur zu politischer Ungleichheit – das Verhältnis ist vielmehr ein wechselseitiges: Ungleiche politische Teilhabe entlang von ökonomischen Ressourcen bedeutet, dass sich die politischen Anliegen ressourcenstarker Gruppen durchsetzen, was wiederum ökonomische Ungleichheit verschärft.

Die lautesten Stimmen oder die dringendsten Anliegen

Moderne Demokratien befinden sich im ständigen Spannungsfeld zwischen dem Anspruch auf politische Gleichheit und der Existenz von ökonomischer Ungleichheit. Das demokratische Versprechen lautet dabei, dass politische Gleichheit trotz bestehender (ökonomischer und sozialer) Ungleichheiten umgesetzt wird – dass also alle gesellschaftlichen Gruppen in gleicher Weise an der politischen Gestaltung ihrer Lebensumstände teilhaben können und dass ihre Anliegen im politischen Prozess Gehör finden. Oben wurde jedoch gezeigt, dass politische Entscheidungen systematisch den politischen Präferenzen jener Gruppen folgen, die über ein hohes Ausmaß an ökonomischen Ressourcen verfügen. Die Koppelung von politischer Macht an ökonomische Ressourcen führt dazu, dass Menschen, die über diese Ressourcen nicht verfügen, von politischer Partizipation und politischem Einfluss ausgeschlossen werden – ihre Lebensumstände werden in zentralen Bereichen von anderen bestimmt.

Dieser Ausschluss ist nicht nur systematisch, sondern auch dauerhaft, denn ökonomische und politische Ungleichheit verstärken sich gegenseitig: Folgen politische Entscheidungen in erster Linie den ressourcenstarken Gruppen, verschärfen sich bestehende ökonomische Ungleichheiten weiter, da der demokratische Staat über Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik in wesentlichem Maße ökonomische Ungleichheit reduziert oder verschärft. Im Zuge dieser Wechselwirkungen von ökonomischer und politischer Ungleichheit hat auch die Demokratie in Österreich an Legitimität verloren. Die Erfahrungen des Nicht-Gehört-Werdens und der Ohnmacht in Bezug auf die Gestaltung der eigenen Lebensumstände erschüttern das Vertrauen in ein System, das politische Gleichheit verspricht, und untergraben politische Beteiligung.

Ob Österreich auf dem Weg in eine Zwei-Drittel-Demokratie ist, in der sich das Drittel mit den geringsten ökonomischen Ressourcen immer weniger beteiligt bzw. beteiligen kann, werden die jährlichen Erhebungen im Rahmen des Demokratie Monitors (www.demokratiemonitor.at) zeigen. Vor dem Hintergrund, dass mit unserer Demokratie vergleichbare demokratische Systeme wie das deutsche ein beträchtliches Ausmaß an politischer Ungleichheit produzieren (Elsässer 2018), stellt sich bereits heute die Frage: Wollen wir eine Demokratie, die allen voran den Partikularinteressen der ohnehin privilegierten Gruppen dient? Lautet die Antwort nein, ist es an der Zeit, die lautesten Stimmen hintanzustellen, um für die dringendsten Anliegen Platz zu schaffen. Heruntergebrochen auf den Alltag der Menschen geht es dabei um nichts weniger als die Teilhabe an der poli-

tischen Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände. Zuletzt hat uns die Corona-Pandemie die Fragilität von Grund- und Freiheitsrechten in Erinnerung gerufen.

Rund um Wahlen rücken in Hinblick auf Berechtigung und Ausschluss – z. B. angesichts des hohen Anteils an Nicht-Wahlberechtigten bei den anstehenden Wahlen in Wien – wiederum Teilhaberechte in den Vordergrund. Die auf ökonomischer Ungleichheit fußende politische Ungleichheit verweist allen voran auf die Bedeutung von sozialen Rechten: Diese regeln das Mindestmaß an sozialer Sicherheit und gleichen bestehende ökonomische Ungleichheiten (mehr oder weniger) aus (Dwyer 2010, Bulmer / Rees 1996, Marshall 1950). Wird politische Gleichheit ernst genommen, stehen soziale Rechte an vorderster Front, denn das demokratische Versprechen nach gleicher Teilhabe an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensumstände lässt sich nur gegen die bestehenden ökonomischen Verhältnisse verwirklichen.

***Martina Zandonella** ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener SORA-Institut. Sie forscht zu Demokratie und Beteiligung, vor allem im Kontext von sozialer Ungleichheit, Arbeit und Schule.*

Mögliche Quellenangabe

Zandonella, Martina (2020): Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zur Wahlen gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 83–93.

www.armutskonferenz.at/files/zandonella_ungleichheit-zerstoert-demokratie_2020.pdf

Literatur

- Altzinger, Wilfried / Humer, Stefan / Moser, Mathias (2017): Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.): Sozialbericht. Wien: Paul Gerin, S. 227–268.
- Alvaredo, Facundo / Chancel, Lucas / Piketty, Thomas / Saez, Emmanuel / Zucman, Gabriel (2017): Global Inequality Dynamics: New Findings from WID.world. In: American Economic Review, 107, S. 404–409.
- AMS (2019): Spezialthema zum Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktdaten im Kontext von Bildungsabschlüssen. <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/berichte-und-auswertungen> [Zugriff: 15.9.2020].
- AMS (2020): Arbeitsmarktdaten. <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung> [Zugriff: 15.9.2020].
- Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel, 4, S. 24–34.

- Bulmer Martin / Rees, Anthony (1996): *Citizenship today: The contemporary relevance of T.H. Marshall*. London: UCL Press.
- Dalton, Russel (2017): *The Participation Gap. Social Status and Political Inequality*. Oxford: University Press.
- Dwyer, Peter (2010): *Understanding Social Citizenship. Themes and Perspectives for Policy and Practice*. Bristol: The Policy Press.
- Elsässer, Lea (2018): *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Frankfurt am Main: Campus.
- Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2017): „Dem Deutschen Volke?“ Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27, S. 161–180.
- Ferschli, Benjamin / Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Wildauer, Rafael (2017): *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*. In: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167. Working Paper-Reihe der AK Wien*.
- Gilens, Martin (2005): *Inequality and Democratic Responsiveness*. In: *Public Opinion Quarterly*, 69, 5, S. 778–796.
- Gilens, Martin / Page, Benjamin (2014): *Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens*. In: *Perspectives on Politics*, 12, 3, S. 564–581.
- Kapiriri, Lydia / Ross, Alison (2018): *The Politics of Disease Epidemics: A Comparative Analysis of the SARS, Zika, and Ebola Outbreaks*. In: *Global Social Welfare*, 7, S. 1–13.
- Knittler, Käthe (2016): *Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise*. In: *Statistische Nachrichten*, 6, S. 416–422.
- Lakner, Christoph / Milanovic, Branko (2016): *Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession*. In: *World Bank Economic Review* 30, S. 203–232.
- Lamei, Nadja / Skina-Tabue, Magdalena / Aichholzer, Julian / Glaser, Thomas / Göttlinger, Susanne / Heuberger, Richard / Oismüller, Anneliese / Riegler, Romana (2017): *Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich*. In: *Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.): Sozialbericht*. Wien: Paul Gerin, S. 227–268.
- Lessenich, Stephan (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Marshall, Thomas (1950): *Citizenship and Social Class*. Cambridge: University Press.
- Schäfer, Armin / Schwander, Hanna (2019): *Don't play if you can't win: Does economic inequality undermine political equality?* In: *European Political Science Review*, 11, S. 395–413.
- Schönherr, Daniel / Zandonella, Martina (2020): *Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich*. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. <https://www.>

- arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf [Zugriff: 15.9.2020].
- Shantz, Jeffrey (2010): Capitalism is making us sick: Poverty, illness and the SARS crisis in Toronto. In: *Advances in Medical Sociology*, 11, S. 3–18.
- Solt, Frederick (2008): Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science*, 52, 1, S. 48–60.
- Sozialministerium (2020): BALI-Datenbank. <https://www.dnet.at/bali> [Zugriff: 15.9.2020].
- Stadt Wien (2020): Nationalratswahl 2019. Ergebnisse der Wiener Wahlbehörden. <https://www.wien.gv.at/wahlergebnis/de/NR191/index.html> [Zugriff: 15.9.2020].
- Statistik Austria (2019a): Abgestimmte Erwerbsstatistik 2017. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen_abgestimmte_erwerbsstatistik/index.html [Zugriff: 15.9.2020].
- Statistik Austria (2019b): Lohnsteuerstatistik 2017. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/steuerstatistiken/lohnsteuerstatistik/index.html [Zugriff: 15.9.2020].
- Statistik Austria (2020): Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html [Zugriff: 15.9.2020].
- Zandonella, Martina (2019): Österreichischer Demokratie Monitor 2019. Forschungsbericht. <https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2020/03/SORA-Bericht-Demokratie-Monitor-2019.pdf> [Zugriff: 15.9.2020].
- Zandonella, Martina / Ehs, Tamara (2020): Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Demokratie am Beispiel Wien. Forschungsbericht (unveröffentlicht).
- Zandonella, Martina / Heinz, Janine (2018): Österreichischer Demokratie Monitor 2018. Forschungsbericht. <https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2019/03/SORA-Bericht-%C3%96sterreichischer-Demokratie-Monitor-2018.pdf> [Zugriff: 11.10.2020].

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat 97

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand 107

Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Arno Pilgram

Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie 115

Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen 131

Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt

Christine Unterrainer

Kommentar

Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung 141

Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit

Wolfgang wodt Schmidt

Das Genossenschaftsprojekt OTELO 145

Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften

Martin Hollinetz

Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein 149

Reinkommen statt ‚draußen sein‘

Karl Immervoll

Digitalisierung inklusiv gestalten 153

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben! 213

Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich

Magdalena Stern

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall 219

*Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

Stimme(n) erheben 225

Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie

Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken 231

Alban Knecht

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz 237

*Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren*

Marianne Schulze

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen 241

Status Quo, Defizite, Perspektiven

Michaela Moser

STIMMEN GEGEN ARMUT!

Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise 247

Verena Fabris und Martin Schenk

DIE ARMUTSKONFERENZ. 257

Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



ALTERSARMUT STIRBT NICHT EINFACH AUS.

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der für dich da ist, egal wie alt du bist.

WIR - GEMEINSAM.AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.



Weiter- bildung zu teuer?

Frag
den
waff!

Wenn Sie eine berufliche Weiterbildung machen möchten, kann das teuer werden. Z.B. im Bereich Digitalisierung. Der waff unterstützt Sie mit bis zu 5.000 Euro für berufliche Weiterbildung. Und darüber hinaus mit kostenloser Beratung. Für Ihr Weiterkommen im Job! Gib't's nur in Wien. www.waff.at oder 01 217 48 - 555.

waff » | Für die
Stadt Wien



Wir helfen Menschen, die eine
Perspektive brauchen.



Hilfe für Obdachlose und Armutsbetroffene

heilsarmee.at